



Tagesfrage heute

Das Bundesgericht erlaubt Kopftücher an einer Thurgauer Schule. Finden Sie das Urteil gut?

A Ja B Nein

Stimmen Sie online ab unter der Rubrik «Mitmachen»

- www.aargauerzeitung.ch
- www.baselandschaftliche.ch
- www.bzbasel.ch
- www.grenchnertagblatt.ch
- www.limmattalerzeitung.ch
- www.solothurnerzeitung.ch

oder schicken Sie ein SMS mit azfta für «Ja» oder azftb für «Nein» an 2222 (20 Rp./SMS)

Ergebnis letzte Tagesfrage

Können Sie sich in den Ferien erholen, wenn Sie für Ihren Arbeitgeber erreichbar sind?



VIDEO DES TAGES



41-Jähriger wurde in Mauensee von Modell-Helikopter getötet.

Presseschau

The Washington Post

US-Spitzelaffäre Behörden auf allen Ebenen haben einen weitreichenden Zugriff auf gespeicherte E-Mails und Dokumente in der sogenannten Cloud, also in Online-Speichern. Das Gesetz, das diesen Zugriff regelt, stammt noch von 1986 und ist völlig von der technischen Entwicklung überholt worden. Damals ging man davon aus, dass ihre Urheber nach rund einem halben Jahr kein Interesse mehr an dem Material hätten. Heute aber speichern Amerikaner ihre E-Mails jahrelang online und lagern alle möglichen Dokumente – vom Firmenschreiben bis zum Liebesbrief – im Internet.

Neue Zürcher Zeitung

Luxemburg Hätte Jean-Claude Juncker öffentlichkeitswirksam Reformen in der Geheimdienst-Behörde angeregt, wären ihm die nun heftigen Vorwürfe wohl erspart geblieben. Doch Juncker hat Erfahrung in der Bewältigung von Krisen. Mit seinem geschickten Schachzug, der Misstrauensabstimmung im Parlament zuvorkommen und die Auflösung des Parlaments vorzuschlagen, hat er reelle Chancen, in wenigen Monaten wiedergewählt zu werden.

Das Wetter heute

12° 25°



Gastbeitrag zur Forderung des Lehrerdachverbandes LCH nach 20 Prozent mehr Lohn

Von Schulen und Tankstellen



Andreas Glarner

Der Unternehmer aus Oberwil-Lieli ist Aargauer Grossrat und Fraktionspräsident der SVP.

■ **DIE LEHRERLÖHNE** seien zu tief, posant der Chef der Lehrgewerkschaft (sie nennt sich verschämt Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer) lauthals heraus. Und er droht gleich unverhohlen mit Streik. Ohne zu überlegen, was er seinen Genossinnen und Genossen hier für einen Bärendienst erweist. Denn flugs wurden Vergleichszahlen veröffentlicht und bald wurde jedem klar, dass die Lehrpersonen bei uns gar nicht so schlecht bezahlt sind. Ganz im Gegenteil – auch ohne Berücksichtigung der vielen unterrichtsfreien Zeit (nein, man darf nicht mehr «Ferien» sagen!) sind die Gehälter geradezu feudal. Manch einer, der den ganzen Tag körperlich hart arbeiten muss, staunt und wird sich ernsthaft fragen, ob seine Arbeit tatsächlich so viel weniger wert sein kann.

DOCH WARUM kommt dann der Chef der Lehrgewerkschaft auf so eine unsinnige Forderung? Und vor allem: Warum wird er von den üblichen Verdächtigen auch noch sekundiert? Vielleicht ist es wegen des Streiks an der Spar-Tankstelle in Dättwil. Für die Gewerkschafter war es zwar ein Pyrrhussieg, aber werbewirksam wars trotzdem. Dass dabei ein paar Angestellte ihren Job verloren, wird als Kollateralschaden verbucht. Hauptsache, die roten Unia-Fahnen und die offenbar ausschliesslich aus ausländischer Provenienz stammenden Unia-Funktionäre waren tagelang in den Medien präsent ... Und vielleicht sieht sich der Chef der Lehrgewerkschaft schon medienwirksam umringt von streikenden Lehrpersonen vor einem Schulhaus stehen. Er wäre dann im Olymp seines Schaffens angekommen. Die Au-

ra des Kämpfers für die gerechte Sache würde die mangelnde Ausstrahlung glatt überdecken.

DOCH AUCH HIER wird die Rechnung nicht aufgehen. Denn Lehrpersonen sind in der Regel kluge Leute. Sie wissen, wer ihnen den ganzen Schlamassel rund um die nicht enden wollenden Schulversuche, die neuen Ausbildungsformen, Team-teaching, Teilzeitpensen, die heilpädagogischen Begleiter und die mehrheitlich nicht geschickt agierenden Schulleiter eingebrockt hat. Sie wissen, wer für die Ausländerschwemme verantwortlich ist, die dazu führt, dass an 80 Zürcher Schulen mehr als zwei Drittel der Kinder kein Deutsch sprechen. Die Lehrpersonen wissen, mit wessen gütiger Unterstützung die EDK, Ernst Bunschor, Rainer Huber, Regine Aepli

und Konsorten die Schullandschaft bis zur Unkenntlichkeit umgepflügt haben. Und sie wissen darum auch, wer ihren Beruf willfährig vor die Hunde gehen liess.

UND NATÜRLICH IST nicht die Höhe des Lohnes das wahre Problem, sondern die Wertschätzung des Lehrberufs und dass die Lehrpersonen wieder Schule geben und somit Wissen vermitteln können. Doch die Lehrgewerkschaft ist nicht bereit, die Bildungstheoretiker in die Schranken zu weisen. Als echte Lehrervertretung müsste sie doch eine Rückkehr zum Bewährten und eine Begrenzung des Ausländeranteils, zumindest aber Sonderklassen für Bildungsferne, fordern.

WAS DIE LEHRPERSONEN auch brauchen, sind Schulpflegen, die ihnen den Rücken stärken und Schulleiter, die sie von administrativem Müll entlasten, statt sie damit zuzudecken. Denn Lehrperson zu sein, ist tatsächlich alles andere als ein Honigschlecken. Jeden Tag vor einer Klasse zu stehen und bei so bunt gemischten Klassen noch einigermaßen die Lernziele zu erreichen, ist Knochenarbeit. Da hilft auch noch mehr Lohn nichts – sondern nur echte Unterstützung und das Befreien von allem Unnötigen.

ALSO – DAS PROBLEM wäre erkannt und die unnützen Rezepte auch. Herr Zemp würde besser Massnahmen fordern, welche die Lehrpersonen entlasten, ihren Beruf wieder attraktiv machen und ihnen die Wertschätzung der Gesellschaft bringen. Am besten würde er aber wohl wieder Schule geben ...

Gastbeitrag zur Verhandlungsstrategie gegenüber der Europäischen Union

Auch über den EU-Beitritt verhandeln



Cédric Wermuth

Der Politologie- und Philosophiestudent aus Baden sitzt für die SP Aargau im Nationalrat.

■ **AM 1. JULI 2013** ist Kroatien als neuestes Mitgliedsland der EU beigetreten – notabene als Folge eines Volksentscheids. Eben gerade wurde die Euro-Einführung in Lettland beschlossen und von den zuständigen Gremien genehmigt. Europa wächst – allen Unkenrufen und Problemen zum Trotz. Die Schweiz würde gut daran tun, ihre Politik dieser Realität etwas anzupassen.

WIR HABEN EINE REIHE offener Dossiers, die wir zurzeit mit der EU verhandeln wollen. So ist es für unsere Strommarktunternehmen zum Beispiel eine Überlebensfrage, ob sie auch künftig in die europäische Strompolitik einbezogen werden. Das Problem: Die bilateralen Verträge mit der EU entsprechen nicht mehr den heutigen Anforderungen und ihre Aktualisierung fällt zunehmend schwer. Die EU und ihre Mitgliedsländer sind nicht mehr bereit, die dauernde Rosinenpickerei der Schweiz zu akzeptieren. Die Botschaft ist schon seit einiger Zeit klar: Wir wollen eine globale Lösung.

DER FREISINNIGE BUNDES-RAT Didier Burkhalter hat nun erstmals skizziert, wie eine Lösung der «institutionellen Frage» für ihn aussehen könnte. Dabei geht es darum, ob und wie die Schweiz in Zukunft europäisches (Binnenmarkt-)Recht übernimmt und wie die Einhaltung überprüft werden soll. Die EU will, dass wir künftige Rechtsänderungen automatisch übernehmen und dass ihre Institutionen – also zum Beispiel die europäische Justiz – über die Einhaltung der Verträge wachen. Das hat die Schweiz immer abgelehnt – bis vor kurzem. Der neue Vorschlag

SO ODER SO, die Kehrtwende des Bundesrates zeigt vor allem eines: Der bilaterale Weg ist am Ende. Zugegeben, nach dem EWR-Nein 1992 hat sich der bilaterale Weg zumindest wirtschaftlich als Königsweg erwiesen. Die Schweiz hat stark profitiert. Jetzt aber zeigen sich seine Schwächen und diese sind eklatant. Allem voran verlieren wir schleichend an demokratischer Souveränität. Wir sind bereits so stark in das Konstrukt EU eingebunden, dass viele Entscheide, die auch die Schweiz betreffen, heute in Brüssel gefällt werden. 60 Prozent des Schweizer

Rechts ist reines Copy-Paste oder eine Anpassung von Beschlüssen der EU. Wenn man es genau nimmt, sind wir also eigentlich bereits Mitglied – einfach das einzige, das freiwillig auf das Stimmrecht verzichtet. Diese Situation ist für die Demokratie ein Riesenproblem.

MEIN KOLLEGE Eric Nussbaumer (Nationalrat SP Baselland) und ich haben deshalb einen Vorschlag entwickelt, wie wir die europäische Frage in der Schweiz auf einer realistischen Basis vorantreiben können. Der Bundesrat will ein Rahmenabkommen mit der EU aushandeln, das heisst, eine globale Lösung für die zukünftige Übernahme des Rechts und für die Überwachung. Unser Vorschlag: Parallel dazu soll die Schweiz als mögliche Option auch den Beitritt zur Europäischen Union verhandeln. Am Ende hätten wir erstmals eine echte Auswahl zwischen zwei Optionen. Dann könnten wir wirklich wählen, statt nur immer anzupassen, wenn schon entschieden ist.

KLAR IST, die Weiterentwicklung der Europapolitik hat sowieso auch einen innenpolitischen Preis. Wohl nächstes Jahr stimmen wir über die Erweiterung der Personenfreizügigkeit mit Kroatien ab. Diese Erweiterung wird irgendeinmal kommen müssen, das ist klar. Unsere Wirtschaft ist auf diese Verträge angewiesen. Aber ein linkes Ja gibt es nicht gratis. Wir wollen einen Ausbau der flankierenden Massnahmen: besserer Schutz für unsere Löhne und für Gesamtarbeitsverträge und Massnahmen gegen die explodierenden Mietpreise in den Zentren. Sonst gibt es, zumindest von mir, ein Nein.

Dohner



Liebe NSA ...

■ Seit Wochen schwirren Witze. Seit der «Gringo-Petze». So nannten Venezolaner den Whistleblower Edward Snowden. Venezuela hat ihm Asyl angeboten. Vielleicht ist Snowden auch bereits in Managua, Nicaragua. Mit geschwätzter Visage – Schweizer Füsylveteranen wissen, dass dafür ein angekorkelter Zapfen genügt. Und mit Panamahüte – Cowboyhüte sind verdächtig, seit sich High-Tech-Drohnen davon täuschen liessen. Osama Bin Laden trug als letzter Cowboyhut.

Und spätestens jetzt bin ich direkt mit der amerikanischen NSA in Fort Meade verbunden: «Hi Guys.» Seit den drei Buchstaben OSA ... – Hält die NZZ eigentlich deshalb an der kurios schulmeisterlichen Schreibweise «bin Ladin» fest? Weil sie so noch durchschlüpfen bei den Rechnerrechen, die angeblich nur bei Schlagworten fiepen?

Ähnlich müden Galgenhumor verströmen zurzeit alle Witze, die über die gigantische amerikanische Schnüffelei kursieren. Ein Kollege sagt, ihm sei zu Hause die Festplatte kaputtgegangen. Die Reparatur könne er sich nicht leisten. Billiger käme jetzt ein Anruf bei der NSA: «Dear Patriots, könnten Sie mir die Daten freundlicherweise retour beamen, als Zip?» Ein anderer will die Reisebüro-Kompetenz der NSA nutzen: «Sie kennen alle Visa-Bestimmungen von Russland bis Lateinamerika. Was muss ich tun, um meinen Gabelflug störungsfrei abzuwickeln?» Ein letzter: «Am Züri-Fäscht wollte mir eine Alice aus Fischbach-Gösgikon ihre Nummer geben, als wir im Gmoscht auseinandergedrückt wurden. Bitte teilen Sie mir Alices Nummer kostenfrei mit. Sie kriegen dafür von mir ein big Smile beim nächsten Überflug Ihres geilen Scannersatelliten.»

Im Galgenhumor steckt jener Ort, wo er entstand. Das heisst: Die Leute schaudert jetzt wirklich bis auf die Knochen. Die Horrorvision von Romanen und Science-Fiction-Filmen ist über Nacht wahr geworden. Jeder ist jederzeit überwacht oder kann total überwacht werden. Dafür genügt eine Schutzbehauptung: Security. Darüber am meisten lachen würde «Tricky Dick» Nixon. Sein Watergate-Abhören 1972 war noch Tonband-Gebastel von Amateuren.

max.dohner@azmedien.ch

Die Gastautoren

Andreas Glarner (Grossrat SVP/AG) und Cédric Wermuth (Nationalrat SP/AG)

Katja Gentinetta (Publizistin/Moderatorin) und Elisabeth Schneider-Schneiter (Nationalrätin CVP/BL)

Sebastian Frehner (Nationalrat SVP/BS) und Susanne Hochuli (Regierungsrätin Grüne/AG)

Peter Hartmeier (Publizist) und Kurt R. Spillmann (Prof. em. für Sicherheitspolitik)

Anita Fetz (Ständerätin SP/BS) und Christian Wanner (Regierungsrat FDP/SO)

Marianne Binder (Pressechefin CVP Schweiz, Grossrätin AG) und Hans Egloff (Nationalrat SVP/ZH)

Georg Kreis (Prof. em. für Geschichte) und Peter V. Kunz (Prof. für Wirtschaftsrecht)

Pirmin Bischof (Ständerat CVP/SO) und Christine Egerszegi (Ständerätin FDP/AG)

Kenneth Angst (Publizist) und Oswald Sigg (ehem. Bundesratspräsident)